

Über die ethischen Grundlagen der Demokratie

Freiheit, Gleichheit, Solidarität¹

JULIAN NIDA-RÜMELIN

Mein Vortrag wird Thesen enthalten, die eher ungewöhnlich sind. Die These, dass die Wahrheit einen Ort in der Demokratie hat, ist hoch umstritten. Die meisten Zeitungsartikel und auch die meisten wissenschaftlichen Artikel gehen davon aus, dass weder der Markt von moralischen Motiven durchsetzt sein kann, weil wir dort als Produzenten versuchen, unsere Gewinne oder als Konsumenten unseren Nutzen zu optimieren, noch es im Bereich der Politik um Fragen normativer Wahrheitsansprüche gehen darf, das ist die Lehre aus den Konfessionskriegen des 17. Jahrhunderts. Zu was führt das? Wahrheitsansprüche führen am Ende zu Mord und Totschlag. Also befreien wir die politische Sphäre von solchen überzogenen Ansprüchen und befrieden sie damit. In der postmodernen Variante sieht das dann so aus: Alles ist letztendlich nur ein Spiel, ein Spiel vielleicht auch mit kulturellen

1 Dieser Text ist die transkribierte und leicht überarbeitete Fassung des mündlichen Vortrages, gehalten am 27.06.2013.

Identitäten. Ich glaube, das ist grundfalsch.² Das ist ein Selbstmissverständnis der Demokratie. Deshalb beginne ich im ersten Schritt mit drei Thesen zum Selbstmissverständnis der Demokratie.

ERSTE THESE: DEMOKRATIE IST KEIN ENTSCHEIDUNGSVERFAHREN

Sehr häufig produziert die Demokratie Selbstmissverständnisse. Regelmäßig nach den Wahlen kann man Interpretationen lesen wie: »Jetzt ist der Wille des Wahlvolkes klar.« Wenn man dann genau hinschaut, geht es um eine Verschiebung von dreieinhalb Prozent Stimmanteile. Also ist das gewissermaßen eine Mystifizierung. Es gibt Individuen, die gewisse Vorstellungen haben und die Vorstellungen schlagen sich dann in gewissen Wahllakten nieder. Und wenn man die Menschen fragt: »Was macht denn eigentlich den Kern der demokratischen Ordnung aus?«, dann bekommt man oft zur Antwort: »Wir entscheiden mit Mehrheit.« Danach wäre ein Entscheidungsverfahren der Kern der Demokratie. Das ist aber falsch. Ein Entscheidungsverfahren ist wichtig und die Mehrheitswahlregelung spielt dabei oft eine gewichtige Rolle, aber es erschöpft nicht die Substanz einer Demokratie. Das ist ein Thema, zu dem man sehr viel sagen könnte. Ich möchte es aber so kurz wie möglich halten.

Wenn es so wäre, dass letztlich die Mehrheitsbildung allein Legitimation stiftete, dann hätten wir in vielen Diktaturen eine Legitimation. Soweit wir das wissen ist unter anderem – *horribile dictu* – die schrecklichste Diktatur der Menschheitsgeschichte überhaupt, das Nazi-Regime in Deutschland, demokratieförmig etabliert worden und zwar mit Mehrheitsentscheidungen des Volkes. Und man geht, glaube ich, nicht zu weit anzunehmen, dass es in der Folgezeit zunächst eine

2 Vgl. hierzu: Julian Nida-Rümelin (2006): Demokratie und Wahrheit, München: C.H. Beck.

wachsende Mehrheit in der Bevölkerung gab, die diese Art von Politik befürwortete. Mag sein, dass sich dies im Laufe der ersten Kriegsjahre änderte, dazu gibt es keine empirischen Befunde mehr. Das heißt, wenn allein Mehrheit Legitimation stiftet, dann hätten wir es paradoxerweise mit einer demokratischen bzw. einer kryptodemokratischen Ordnung zu tun.

Es gibt einen tiefen Grund für die Skepsis gegenüber der Identifikation von Demokratie mit Entscheidungsverfahren: Das sind die in Europa, oder zumindest in Kontinentaleuropa, viel zu wenig wahrgenommenen Ergebnisse der sogenannten Collective-Choice-Theory. Collective-Choice geht letztlich zurück auf das Ende des 18. Jahrhunderts, auf das berühmte Concordet-Paradoxon. Bei einer Mehrheitsentscheidung wird immer binär, also zwischen zwei Alternativen, die zur Abstimmung stehen, gewählt. Wobei die von der Mehrheit gewählte Alternative obsiegt und die unterlegene Alternative ausscheidet. Ein solches Verfahren führt aber in manchen Fällen zu zyklischen Ergebnissen, das heißt, dass A besser als B angesehen wird, und B besser als C, aber C besser als A. Genau der letzte Fall dürfte nicht sein, A müsste besser sein als C. Concordet hat sich damals Gedanken gemacht, wie man diese Paradoxie überwinden könnte, jedoch ohne überzeugendes Ergebnis.

Ungefähr 200 Jahre später wurde von einem Ökonomen, Kenneth Arrow, ein berühmtes Theorem entwickelt, das eigentlich »Impossibility-Theorem«, Unmöglichkeitstheorem, heißen müsste. Arrow hat es aber Möglichkeitstheorem genannt. Dieses Theorem führt zu dem schrecklichen Ergebnis, dass ganz elementare Minimalbedingungen politischer Vernunft simultan durch kein Entscheidungsverfahren erfüllt werden. Ich werde kurz darauf eingehen. Dafür braucht man keine Mathematik. Das ist formal ein bisschen kompliziert und der Beweis ist kompliziert, aber das Ergebnis ist nicht kompliziert:

- Bedingung Nummer eins: *keinen Diktator*. Es darf nicht eine Person geben, die unabhängig davon, wie die Präferenzen der anderen sind, jeweils ihren Willen durchsetzt.

- Bedingung Nummer zwei: das *Einstimmigkeitsprinzip*. Wenn sich alle einig sind, was getan werden sollte und was nicht, dann sollte auch dementsprechend entschieden werden.
- Bedingung Nummer drei: die *Irrelevanz-Bedingung*. Wenn es eine kollektive Präferenz gibt für A gegenüber B und eine dritte Alternative tritt hinzu, dann darf das am Vorrang von A gegenüber B nichts ändern. Es kann sein, dass C besser als A, gleich gut wie A, zwischen A und B, gleich gut wie B oder schlechter als B ist. Aber es kann nicht sein, dass sich die Präferenz für A gegenüber B verändert, bloß weil eine dritte Alternative hinzutritt. Das wäre irrational. Wenn sie gefragt werden: »Wo wollen sie Urlaub machen?« und sie sagen: »lieber in Rom als in Madrid« und einer sagt: »ich hab da noch eine Alternative, nämlich Athen« und sie auf einmal sagen: »jetzt dann lieber in Madrid als in Rom«, dann ist das irgendwie merkwürdig. Das ist irrational.
- Bedingung Nummer vier: die *Präferenzensouveränität*. Jeder darf Präferenzen haben, wie er mag. Es gibt keine Vorschriften, welche Präferenzen berücksichtigt werden.

Jetzt kommt das schockierende Ergebnis: Es gibt kein Entscheidungsverfahren, das diese vier Bedingungen zugleich erfüllt. Weder die Mehrheitswahlregel, noch Quorum, noch die Borda-Regel. Alle Regeln, die Sie sich nur vorstellen können, verletzen eine der genannten Bedingungen. Und wenn man nun die These aufstellt, die nicht völlig unplausibel ist, dass diese vier Bedingungen zwar nicht Demokratie garantieren, aber notwendige Bedingungen für ein demokratisches Entscheidungsverfahren sind – also kein Diktator, Einstimmigkeitsprinzip, keine kollektive Irrationalität und Präferenzensouveränität – wenn man sich darauf verständigt, dann gibt es kein Verfahren, das Demokratie sichert. Leider ist dieser Umstand viel zu wenig bekannt und wird er viel zu selten diskutiert. Lucian Kern und ich haben dazu das Buch

»Logik kollektiver Entscheidungen« geschrieben.³ Vorsicht also mit Entscheidungsverfahren: Sie sind zwar wichtig, aber auf keinen Fall die Substanz der Demokratie.

Nach diesem negativen Ergebnis will ich eine Lanze brechen für demokratische Entscheidungsverfahren, für Mehrheitsentscheide. Und zwar lässt sich beweisen, auch wenn das nicht ganz so einfach ist, dass die Mehrheitswahlregel, die ich gerade geschildert habe, die einzige Regel kollektiver Entscheidungsfindung ist, die zwei sehr attraktive Bedingungen erfüllt: nämlich Anonymität und Neutralität. Anonymität heißt, dass es unwichtig ist, wer welche Präferenzen hat. Wichtig ist nur das Vorhandensein von einzelnen oder vielen Präferenzen, aber unabhängig davon, wer diese hat. Das ist die Anonymitätsbedingung, in deren Rahmen es keine Vorrechte gibt. Die Präferenzen einzelner Personen haben keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung. Es geht nur darum, dass sie und andere Präferenzen haben und diese Präferenzen fließen in die Entscheidungsfindung ein. Formal gesprochen kann ich alle Präferenzen über alle Individuen permutieren und dabei darf sich an der Kollektiventscheidung nichts ändern.

Und die zweite Bedingung ist die Neutralität. Es ist egal, welchen Inhalt die Alternativen für die Entscheidung haben, es kommt nur darauf an, welche Präferenzen die Individuen bezüglich dieser Alternativen haben. Das ist die Neutralität. Nur eine einzige Entscheidungsregel erfüllt diese zwei Bedingungen zugleich: Das ist die einfache Mehrheitswahlregel. Deswegen ist sie so attraktiv. Und wenn man ein bisschen in die politische Philosophie blickt, dann stellt sich etwas Interessantes heraus, was ebenfalls viel zu wenig beachtet wird. Nämlich, dass die Mehrheitswahlregel bei den großen Klassikern, der politischen Moderne, die das Fundament für die Demokratie bereitet haben, eine Rolle spielt. Ich meine hiermit neben John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant auch Thomas Hobbes, den man nicht direkt mit der Demokratie in Verbindung bringen würde. Aber Sie wer-

3 Lucian Kern/Julian Nida-Rümelin (1994): Logik kollektiver Entscheidungen, München: Oldenbourg.

den gleich sehen, dass er doch etwas damit zu tun hat. Vielleicht sollte man zusätzlich auch noch Montesquieu mit dem Prinzip der Gewaltenteilung nennen. Diese fünf sind die wichtigsten Theoretiker des modernen politischen Denkens. Und anders als man vielleicht meinen könnte, spielt bei ihnen allen auch die kollektive Entscheidung eine gewisse Rolle, wenn auch keine zentrale. Bei Hobbes zum Beispiel, der immer als Denker des Absolutismus charakterisiert wird, als derjenige, der die Fürstenherrschaft legitimiert, findet man am Rande die Formulierung, dass es eigentlich egal ist, wer das Gewaltmonopol ausübt. Es kann der Fürst sein, es kann aber auch eine Versammlung sein, ein Parlament zum Beispiel. Und bei John Locke ist die Grundidee, dass die Menschenrechte, also die Rechte, die Menschen von Geburt an haben, unabhängig davon, in welchem Staat sie leben oder welcher Kultur sie angehören, durch die politische Ordnung garantiert werden sollen, also durch den Rechtsstaat (vgl. »Second Treatises of Government«). Eher am Rande wird die Frage gestellt, wie mit Meinungsverschiedenheiten in dem politischen Körper umzugehen ist. In dem Fall wird man wohl denjenigen folgen, die die Mehrheit haben. Das Mehrheitsprinzip kommt also vor, wenn auch nur am Rande. Eine wichtigere Rolle spielt, Sie werden das gleich sehen, die Rechtsordnung. Und sekundär folgt dann die kollektive Entscheidungsfindung.

Bei Rousseau ist das ganz ähnlich: Rousseau sagt in seinem Werk »Du Contrat Social«, die Republik entsteht dadurch, dass die Individuen zusammenkommen und ihre jeweiligen Privatinteressen hintanstellen. Das müssen sie auch, weil Privatinteressen kein gutes Argument in der Versammlung darstellen. »Ich habe einen Vorgarten und möchte deswegen nicht besteuert werden« ist ein schlechtes Argument in der Versammlung. Man muss seine Interessen schon mit irgendwelchen Argumenten begründen können, die für alle relevant sind. Wonach eine gewisse Distanzierung von den Privatinteressen unumgänglich ist. Denn in der Versammlung besteht die Orientierung am Gemeinwohl, dem *volonté général*. Es ist nicht ganz einfach aufzuzeigen, wie das Gemeinwohl und der Gemeinwille zusammenhängen und worin sie sich unterscheiden. Idealerweise führt das dazu, dass alle gleicherma-

ßen vernünftigen Menschen, unabhängig von ihrem Interessenstandpunkt, zum gleichen Ergebnis kommen. Das heißt, normalerweise ist man sich grundsätzlich einig. Trotzdem kann es vorkommen, dass man sich nicht einig ist. Das weist darauf hin, dass etwas nicht stimmt in der Deliberation, in der Versammlung, dass sich nicht alle wirklich als Citojen verhalten. Zum Beispiel dürfen bei Rousseau keine Parteien, auf Deutsch keine Parteien, gebildet werden, weil das dazu führen könnte, dass sich möglicherweise nur ein Privatwille gegenüberstünde. Die Leute sollen aber als Individuen entscheiden, als Bürgerinnen und Bürger, und nur am Gemeinwohl orientiert beraten. Das ist die Idee bei Rousseau. Zu Recht wird hier von ihm eine Gefährdung durch die Parteiendemokratie angesprochen. Denn Parteien organisieren auch Privatinteressen, zumindest trifft das auf Klientelparteien zu, nicht so sehr auf Parteien, die sich als Volksparteien verstehen. Und am Ende entscheidet man, idealiter, einstimmig. Aber das ist nicht immer garantiert, was dann vielleicht auch mal zu Mehrheitsabstimmungen führen kann, was jedoch Rousseau missfällt. Das bedeutet, dass Rousseau, der Denker der Französischen Republik, interessanterweise gar nicht davon angetan ist, wenn kollektive Entscheidungen mit Mehrheit getroffen werden.

Für Kant ist der zentrale Gedanke eine politische Ordnung, die so gestaltet ist, dass jeder Einzelne im Rahmen der Gesetze seiner Willkür folgen kann, ohne die Autonomie anderer und deren freie Lebensgestaltung zu gefährden. Das, was von Kant in der Ethik gefordert wird, nämlich nur nach den Maximen zu handeln, von denen man wollen kann, dass sie ein allgemeines Gesetz sind. Leicht abgewandelt soll man also nur nach subjektiven Regeln handeln, die verallgemeinerbar sind. Noch kürzer wird das von Kant in der politischen Philosophie zu der Regel gemacht: »Gestalte die rechtliche und institutionelle Ordnung so, dass auch diejenigen, die nicht moralisch motiviert sind, gezwungen sind, die Autonomie aller zu achten«. Der Staat soll also so konstituiert sein, was hochgefährlich und in meinen Augen auch falsch ist, dass er auch »in einer Welt von Teufeln« existieren kann. Deswegen sind Sanktionen notwendig. Ich glaube nicht, dass das funktioniert.

Aber diese Überzeichnung ist vielleicht notwendig, um den Unterschied zwischen Ethik und Politik, wie sie Kant versteht, deutlich zu machen. Das erste Argument lautet also: Die Substanz der Demokratie ist kein kollektives Entscheidungsverfahren, die Substanz der Demokratie ist nicht die Anwendung der Mehrheitswahrnehmung.

ZWEITE THESE: DEMOKRATIE IST KEIN AUSHANDLUNGSPROZESS

Demokratie ist kein Aushandlungsprozess, neudeutsch kein Bargaining. Es gibt aber wichtige politische Theoretiker, die das genau so sehen, die auch den Lobbyismus gut finden. Ich war ja selber Staatsminister für Kultur und habe während dieser Zeit vorgeschlagen, ein Gesetz zur Buchpreisbindung zu machen. Vorher gab es kein Gesetz, weshalb die Bundesrepublik Deutschland bei Rechtsstreitigkeiten scheiterte. Was bereits existierte war ein Art Branchenabsprache, eine sogenannte Sammelrevers. Ich war aus kulturpolitischen Gründen der Meinung, dass dieses Institut der Buchpreisbindung zu bewahren sei, weil nur das die Vielzahl von Buchproduktionen und Buchtiteln pro Jahr garantiert. Diese ist in Ländern mit Buchpreisbindung um ein Vielfaches höher als in Ländern ohne. Dies trifft auch auf die Zahl von Buchhandlungen pro eine Million Einwohner zu. Das sind also kulturelle Gründe, die allerdings nur funktionieren, wenn die Akteure in dieser Branche, das heißt insbesondere die Verleger, ihren Job oder ihren Beruf nicht nur im Sinne ökonomischer Optimierung wahrnehmen, sondern auch im Hinblick auf kulturelle Ziele, was sehr viele Verlage tatsächlich auch tun. Ein gutgehendes Buch finanziert etwa neun schlechtgehende Bücher. Man will Vielfalt. Und dann hab ich, aus Frankreich kommend und vielleicht auch ein bisschen angesteckt von der gebürtigen Französin, mit der ich verheiratet bin, vorgeschlagen, das französische Gesetz der nationalen Buchpreisbindung – *horrible dictu* – in Deutschland, in einer ganz anderen Situation, einzuführen. Was das für Schwierigkeiten mit sich bringen kann, sieht man jetzt

auch im Streit mit den USA. Die USA fordern Freihandel für alles und Frankreich sagt: »Exception culturelle«, also auf keinen Fall für die Kultur. Deutschland tendiert aber eher in die Richtung der USA. Solche Konflikte gab es auch damals in der Regierung, mit den Niederlanden und anderen europäischen Ländern. Ich habe die Buchpreisbindung damals vorgeschlagen, was nicht einfach war, weil sich große Player dagegen gewandt haben. Die Rettung des Projekts war gewissermaßen, und ich sag das jetzt ganz unbeschwert, die enge Kooperation mit dem Börsenverein des deutschen Buchhandels. Die hatten die Kompetenzen, die hatten die Juristen, die mit den Juristen meines Hauses zusammen ein wirklich sehr schönes und bis heute geltendes Gesetz erarbeitet haben, von dem es vorher in allen Feuilletons geheißsen hatte, damit wird der Nida-Rümelin auf jeden Fall scheitern, weil die Buchpreisbindung nicht mehr zu retten sei. Sie war zu retten, aber wenn man so will nur in Zusammenarbeit mit der großen Lobbygruppe der deutschen Buchproduktion, nämlich dem Börsenverein. Ist die Zusammenarbeit mit Lobbygruppen also nicht gut? Sie kann auch schlecht sein. Die Abschaffung der Körperschaftssteuer in Deutschland durch Hans Eichel bedeutete in den ersten Jahren mehr als 20 Milliarden Steuereinnahmeverlust. Und als sich nachher herausstellte, dass das Kanzleien erarbeitet hatten, die ansonsten sehr von Firmen profitierten, die wiederum davon profitierten, hat man das etwas kritischer gesehen mit der Zusammenarbeit.

Ich glaube, dass eine Zusammenarbeit mit Lobbygruppen legitim ist. Aber nur dann, wenn die Zusammenarbeit gemeinwohlorientiert genutzt wird. Das ist nicht immer einfach. Dennoch darf Politik in der Demokratie kein Bargaining-Prozess sein. Bargaining darf zwar eine Rolle spielen, qua Aushandlungsprozesse ist das völlig legitim, aber wenn es nur noch Bargaining ist, ist es nicht mehr Demokratie. Dann setzen sich nämlich diejenigen Interessengruppen durch, die gut organisiert sind und hinter denen starke ökonomische Potenziale stehen. Das ist hochgefährlich und kann am Ende die Axt an die Demokratie legen. Fehlentwicklungen in einem Nachbarland, das ich, wie wahrscheinlich die meisten hier, sehr schätze, zeigen was passiert, wenn die

Wirtschaft auf die Politik übergreift und die wirtschaftlichen Interessen in der Politik dominieren. Damit meine ich die fast 20 Jahre dauernde Berlusconi-Ära, die jetzt möglicherweise mit bestimmten Prozessen endgültig zu Ende geht. Dass er außerdem noch ein Medientycoon war und ist, macht die Sache noch komplizierter. Aber allein die immense wirtschaftliche Macht eines Ministerpräsidenten, der im Parlament seine eigenen Anwälte sitzen hatte und als Ministerpräsident zum Justizminister ging, um seine Privatgeschäfte klären zu lassen, führte zu einer Krise. Das war eine echte Demokratiekrise, die merkwürdigerweise von der Europäischen Union gar nicht thematisiert wurde. Also, die Übergriffigkeit der Wirtschaft auf die Politik kann die Axt an die demokratische Ordnung legen. Wer Politik in der Demokratie als Aushandlungsprozess von wirtschaftlichen Interessen versteht, hat nicht verstanden, was Demokratie eigentlich ist.

DRITTE THESE: DEMOKRATIE IST KEINE KULTURELL ODER ETHNISCH VERFASSTE GEMEINSCHAFT

Spätestens seit Hegel, aber gegenwärtig durch den Wiederaufstieg dessen, was man »Kommunitarismus« nennt, gibt es die Vorstellung, dass Politik im Wesentlichen auf der einen oder anderen Form von Gemeinschaft beruht. Dieser Begriff ist aus den USA zu uns gekommen, obwohl der Kommunitarismus in Europa viel stärker war, bevor der Begriff in den USA überhaupt gebräuchlich gewesen ist. Bei Hegel und den Historisten ist diese Gemeinschaftsform dann die Schicksalsgemeinschaft, die sich historisch formiert, ein Volk, das sich in einen Staat formt. Zuerst gibt es also das Volk, dann den Staat. Die Nation beruht folglich auf einer kulturellen Identität. Die kulturelle Identität muss vorhanden sein und lehnt sich dann gegen diese fragilen, feudalen Staatengebilde, die es in Europa u.a. durch die Heiratspolitik der Habsburger gegeben hat. Das Volk ist anfänglich nicht repräsentiert, muss dann als Nationalstaat im Sinne einer kulturellen Gemeinschaft

repräsentiert werden. In den verschiedenen Nationalhymnen kommt das sehr häufig zum Ausdruck: Das Volk gab es schon immer. Jetzt hat es die Fremdherrschaft oder die illegitime aristokratische Herrschaft abgeschüttelt und hat sich die angemessene Form gegeben: eine Nation, ein Territorium, ein Volk, eine Kultur, eine Sprache. So ungefähr lauten die Erzählungen über die eigene Nation und über ihre Besonderheit. Die Balkankriege zeigen, wohin dieses Politikmodell führt. In der demokratischen Variante ist die kulturelle Gemeinschaft die Basis eines demokratischen Nationalstaates und äußert sich dann in Aussagen wie: »Alle Macht geht vom Volke aus«. Das ist ein Zitat aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das kann man auch ethnisch definieren: »vom deutschen Volke aus«. Diejenigen, die einen deutschen Ururgroßvater in Russland haben, können mit Aussicht auf Erfolg die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Das ist ein ethnisches Staatsverständnis, eine ethnische Bürgerschaft und das ist hochgefährlich. In der Bundesrepublik herrscht nun die untypische Situation, dass ihre autochthonen Minderheiten sehr klein sind, wie zum Beispiel die 60.000 Saterfriesen. Allerdings gibt es nicht-autochthone Minderheiten, die sehr stark sind, zum Beispiel die türkische mit drei Millionen Menschen. In der Schweiz sieht das Ganze ein bisschen anders aus. Das ist eine ganz ungewöhnliche Situation, die es für Frankreich, für Spanien, für Tunesien, für Libyen usw. nie gegeben hat, weil es dort starke Minderheiten gibt, die nicht mit der Mehrheitskultur eins sind und sich entsprechend marginalisiert fühlen. Wie zum Beispiel die Basken oder die sieben Millionen Katalanen in Spanien, die eine eigene Sprache sprechen usw.

Die Französische Republik kam 1789 in einer Situation zustande, in der selbst bei großzügiger Auslegung der französischen Sprache nur etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger der Republik französisch sprach. Ich sage großzügige Auslegung, weil eine gemeinsame Amtssprache ja gar nicht existierte. Das ist eine Erfindung, wie auch das Deutsche oder das Italienische, von Intellektuellen, von Akademien. Und mit der Zeit gibt es eine Art Homogenisierung und Anpassung und es entsteht dadurch vielleicht auch eine Art kulturelle Identität.

Aber die kulturelle Identität entsteht nicht vor dem Staat. Das ist eine Geschichtsklitterung, die erstaunlich beliebt ist. Das deutsche Volk gab es tatsächlich nur in den Köpfen einiger kleinbürgerlicher Intellektueller. Der bedeutendste unter ihnen war Fichte mit seinem Werk »Reden an die deutsche Nation«. 100 Jahre vorher ist niemand auf den Gedanken gekommen, sich als Deutscher zu fühlen, niemand. Auch nicht als Bayer, eher als Schwabe. Also ist das bayerische Staatsgebilde auch nur ein Konstrukt, also Vorsicht mit kollektiven Identitäten, sie sind keine Grundlage einer recht verstandenen Ordnung.

Immerhin bin ich hier in einem Land, das in beeindruckender Weise damit umgeht, dass es mehrsprachig ist. Wobei die einzelnen Individuen nur in den seltensten Fällen mehrsprachig sind. Ich habe mir im Voraus nochmal Statistiken angeschaut. Es kann keine Rede davon sein, dass die Schweizer Bürgerschaft mehrsprachig wäre, sondern sie ist eher dadurch konstituiert, dass man weiß, wie man mit diesen Unterschieden umgeht. Auch welche Vorsicht in ein- und zweisprachigen Kantonen bezüglich der Sprachregelungen an den Schulen geboten ist. Meine Schwester ist auch Philosophin geworden. Sie lehrt an der Universität in Fribourg, und wäre gar nicht berufen worden, wenn sie nicht auch auf Französisch Vorlesungen halten könnte. Es ist also ein äußerst sensibler Umgang mit diesen mehrsprachigen und mehrkulturellen Identitäten geboten und, auch als typische Reaktion der Demokratie, mit der Föderalisierung. Ein Staat, der aus zwei Ethnien zusammengesetzt ist und in dem zwei Sprachen gesprochen werden, beispielsweise 60 zu 40 Prozent, und in dem beide Ethnien gut organisiert sind und beide als Ebene der politischen Auseinandersetzung die Nationale haben, ist damit schon gescheitert. Belgien beispielsweise war kurz davor aus solchen Gründen zu scheitern. Sie hatten ein Jahr lang keine Regierung, was gar nicht stark aufgefallen ist.

WAS IST DEMOKRATIE?

Also, wenn Demokratie weder ein Entscheidungsverfahren ist, noch Aushandlung, noch eine kulturelle oder anders wie verfasste ethnische Gemeinschaft, was ist dann Demokratie? Um diese Frage zu beantworten, stelle ich drei Thesen auf.

1. *Die Demokratie ist eine Staatsform, die gleiche individuelle Rechte garantiert*

Es ist kein Zufall, dass die westlichen Verfassungen fast alle mit den Individualrechten beginnen. Zum Beispiel beinhaltet das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in den Artikeln eins bis 19 nur individuelle Rechte. So ist auch die individuelle Würde des Menschen staatlicherseits zu schützen und das wird in der deutschen Verfassungsrechtsinterpretation als absolutes Recht interpretiert, das nicht abwägungsfähig ist gegenüber anderen. Ebenso Artikel zwei mit dem Recht auf Leben oder Artikel drei mit dem Recht auf Gleichbehandlung usw. Das sind also alles individuelle Rechte und zwar gleiche individuelle Rechte. Die Sicherung individueller Rechte, die die Individuen unabhängig von der Staatlichkeit schon besitzen, ist hoch umstritten. Das ist die Menschenrechtsinterpretation: Diese Rechte, die wesentlichen Rechte, die wir als Menschen haben und nicht erst als Bürgerinnen und Bürger. Der demokratische Staat sorgt mit seinem Rechtsstaatsprinzip dafür, dass diese Menschenrechte, diese Rechte, die wir als Menschen schon immer haben, von einer staatlichen Ordnung auch staatlich gesichert sind.

2. *Die Demokratie etabliert gleiche Staatsbürgerschaft*

Das meint eine Gleichheit als Bürgerin und Bürger und das heißt als diejenigen, die die Gestaltung übernehmen. Die Gestaltung der staatlichen Ordnung im Sinne von Partizipationsrechten ist gleichermaßen allen Bürgerinnen und Bürgern möglich. Gleiche Staatsbürgerschaft im Sinne der Teilhaberechte, der Gestaltungsrechte, dem aktiven und passiven Wahlrecht, die Möglichkeit, sich

politisch zu engagieren, die Assoziationsfreiheit – all das ist Teil dieser so verstandenen Staatsbürgerschaft.

3. *Die Demokratie stiftet eine Form von Solidarität*

Die Demokratie stiftet eine Form von Solidarität, die nicht auf kultureller, ethnischer, sprachlicher oder sonstiger Übereinstimmung beruht. Diese Solidarität bezieht sich auf die politische Gemeinschaft und die politische Gemeinschaft wird durch die Institutionen der Demokratie und die Mitwirkungsmöglichkeit und die gleichen individuellen Rechte erst gestiftet. Das ist eine Tradition, der man sich in Frankreich viel stärker bewusst ist als in Deutschland. Der Staat stiftet eine Art politische Gemeinschaft und die Gleichheit und die Solidarität dieser politischen Gemeinschaft überwölbt die anderen partikularen Gemeinschaften; übrigens auch solche, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Im Augenblick kommt es gerade zu einem sehr problematischen Konflikt in Frankreich. Die Mehrheit der Franzosen ist katholisch, aber der Staat versteht sich als laizistisch. Im Gegensatz dazu verstehen sich die Schweiz, Österreich und Deutschland nicht als laizistisch, sondern als neutral. Diese zwei Verständnisse sind zu unterscheiden. Der französische Staat versteht sich als laizistisch, das heißt, er drängt alle Symbole, alle Praktiken und alle Argumente mit religiösem Gehalt aus der staatlichen Sphäre heraus. Daher kommen das Kopftuchverbot und all diese Debatten; übrigens interessanterweise auch im türkischen Staatsverständnis. Der türkische Staat ist nach seiner Verfassungsordnung ebenfalls laizistisch. Paradoxerweise regiert seit geraumer Zeit eine eher anti-laizistische, gemäßigt islamistische Partei diesen Staat. Das daraus resultierende Spannungsverhältnis ist erkennbar: Ein Teil der Konflikte, die gegenwärtig in Istanbul und anderswo aufbrechen, hängt damit zusammen. In Frankreich besteht gegenwärtig der Konflikt um die Ehe zwischen Homosexuellen. Die hat zum ersten Mal seit langem die katholische Mehrheit gegen den laizistischen Staat aufgebracht. Eine interessante, aber in meinen Augen auch nicht ganz ungefährliche Situation.

Zusammenfassend ist die Demokratie also dreierlei: die Sicherung individueller Rechte und Freiheiten, die Etablierung einer gleichen Staatsbürgerschaft und die Gleichheit als Bürgerinnen und Bürger sowie die Etablierung einer politischen Solidarität. Einer Solidarität, die sich durch die Zugehörigkeit zu der politischen, nicht zu der kulturellen, ethnischen oder sprachlichen Gemeinschaft bestimmt. Das Gesagte werde ich jetzt ein bisschen konkretisieren.

Erste Konkretion: Zum Verhältnis von Markt und Staat in der Demokratie

Wir haben jetzt seit Jahrzehnten, spätestens seit den Wahlsiegen von Margaret Thatcher in England und Ronald Reagan in den USA, eine Auseinandersetzung um die Frage, welches Verhältnis der Markt zum demokratischen Staat oder zum Staat in der Demokratie hat. Thatcher war in dieser Hinsicht sehr viel radikaler als Reagan und die Thatcher-sche politische Philosophie, wenn man das Philosophie nennen soll, beruhte im Grund auf anarchistischen Ansätzen, auch wenn ihr das vielleicht nicht bewusst war. »Es gibt keine Gesellschaft« ist eine der berühmtesten Aussagen von Thatcher. »Es gibt keine Gesellschaft«? – Kann das denn sein? Gemeint ist damit, dass es nur Individuen und deren Interessen gibt und alles, was überindividuell ist, eigentlich illegitim und nur als Notnagel akzeptabel ist. Das ist eine sehr radikale politische Philosophie. So etwas macht man instrumentell, aber eigentlich möglichst wenig. Also Institutionen, Staatlichkeit, gar die Sozialstaatlichkeit stehen im Widerspruch zu diesem radikalen Individualismus. Und es gibt einen Philosophen, der das – übrigens ein paar Jahre vor der Machtübernahme durch Thatcher in Großbritannien – geradezu brillant ausgeführt hat. Dieser Philosoph ist Robert Nozick. Von ihm stammt der Zusammenhang zwischen dem Anarchismus und dieser scheinbar konservativen, neokonservativen Richtung. Deshalb nennen sich die Vertreter dieser Richtung in den USA auch Neocons, obwohl sie eigentlich libertär sind. Libertäre gehen nicht wie der Liberalismus davon aus, dass der Sozialstaat und gemeinsame Bildungsangebote er-

forderlich sind, um gleiche Chancen für alle zu sichern und gleiche Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Für sie ist der Staat illegitim, außer er findet die jeweils individuelle Zustimmung. Das wird bei Robert Nozick zu Ende gedacht und er gibt auch offen zu, dass das im Kern eine anarchistische Philosophie ist, eine leicht abgeschwächte anarchistische Philosophie. Der ökonomische Markt ist deshalb für die Anarchisten so interessant, weil man, jedenfalls in der Theorie, keinen Staat braucht. Die Individuen haben ihre eigenen Interessen. Wenn sie diese rational verfolgen, vielleicht auch unter bestimmten einschränkenden Bedingungen wie zum Beispiel der Vertragsfreiheit, dann entstehen wunderbarerweise effiziente Verteilungen. Das lässt sich logisch-mathematisch schön beweisen. Verteilungen für die gilt, dass es zu ihnen keine Alternative gibt, ohne nicht mindestens eine Person schlechter zu stellen. Verteilungen, die diese Bedingungen erfüllen, sind Pareto-effizient. Wenn es also keine Alternative dazu gibt, heißt das, dass der Markt unter idealen Bedingungen – wie vollständiger Transparenz, vollständiger Konkurrenz, null Transferkosten – ein System von Transfers zur Verfügung stellt, die immer dann realisiert werden, wenn dadurch mindestens zwei besser gestellt werden, ohne dass ein anderer schlechter gestellt wird und ohne dass jemand dadurch benachteiligt wird. Das ist das Modell idealer Märkte, die ohne staatliche Steuerung funktionieren. Und diese Vorstellung ist das Paradigma des Anarchismus. Deswegen sind Anarchisten, oder genauer gesagt bestimmte Anarchisten, marktbegeistert. Vielleicht gestehen sie zu, dass es Probleme mit der Ballung von Macht und Kapitalkonzentration geben kann, weshalb viele Anarchisten auch kritisch gegenüber dem real existierenden Kapitalismus sind. Das ändert aber nichts daran, dass Anarchisten meist marktbegeistert sind.

Der Markt allerdings, als Organisationsprinzip, unterhöhlt die Demokratie. Ich schildere jetzt eine reale Erfahrung aus Südtalien: Wenn sich zum Beispiel die Beamten sagen, dass die Beantragung eines Passes eigentlich ja auch ein Transfer von Gütern und Dienstleistungen ist und dieser umso schneller erfolgt, je höher die Banknote ist, die bei der Abgabe in den Pass eingelegt ist, dann schwappt gewissermaßen die

Marktökonomie hinein in den Staat. Das nennt man dann »Korruption«. Der Staat als Markt ist durch und durch korrupt. Das heißt, der Staat muss sich gegenüber den Marktprinzipien absetzen. Er muss eine Gleichbehandlung garantieren und nicht die Dienstleistungen für seine Bürger nach deren Kaufkraft richten. Tut er das, ist er korrupt. Die Frage ist, wie viel Markt die Demokratie verträgt. Ohne den Markt gibt es keine Effizienz, der Markt ist also unverzichtbar. Aber die demokratische Ordnung muss aufpassen, dass sie nicht lediglich zum Anhängsel von Marktprozessen wird. Wenn Staaten untereinander um möglichst günstige Bedingungen für Kapitalanlagen konkurrieren, dann führt das nicht nur zur Krisenanfälligkeit, wie man bei Irland und Zypern beobachten kann, sondern das führt auch dazu, dass die staatlichen Gestaltungsmöglichkeiten unterminiert werden. Am Ende kann der Staat überhaupt nicht mehr handeln und ist sozusagen getrieben von den Märkten. Es braucht also eine Balance.

Sie hören es schon heraus, ich bin der Auffassung, dass man eine gemischte Wirtschaft braucht, in der der Staat die Regeln setzt und diese Regeln auch durchsetzen kann, in der der Staat einen gewissen Vorrang hat, weil er die Regeln festlegen kann und in dem die Marktgesetze wirken, aber unter den Einschränkungen staatlicher Vorgaben. Dazu gehört beispielsweise die Nachhaltigkeit ebenso wie die Bereitstellung kollektiver Güter, Infrastruktur, Bildung und Kultur. Es ist also eine Balance zwischen Markt und Staat erforderlich, um die Demokratie nicht zu zerstören.

Zweite Konkretion: Die Rolle des Sozialstaates

Ich bleibe jetzt nochmals kurz am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, das heißt am Beispiel der deutschen Staatsgeschichte. Wenn man den Legenden, die in den Schulbüchern stehen, glauben würde, dann ist der deutsche Nationalstaat 1871 von Bismarck gegründet worden. Gegen diese Sichtweise spricht sehr viel. 1866 wurden die Österreicher und Bayern in der Schlacht bei Königgrätz vernichtend von den Preußen geschlagen, wovon sich die Bayern in ihrem Selbst-

bewusstsein nie wieder erholt haben. Das sage ich in der Rolle des sozusagen in der Wolle gefärbten Bayern, genauer Münchners, das dürfen Sie nicht so ernst nehmen. Aber diese Interpretation bietet sich an. Wenn man die Dokumente aus der damaligen Zeit liest, dann war 1871, also nur fünf Jahre nach Königgrätz, aus bayerischer Sicht nicht das Jahr der deutschen Nationalstaatsgründung, sondern das der endgültigen Etablierung der preußischen Hegemonie. Dieser wohl organisierte preußische Staat hatte sich ohnehin durch verschiedene gewonnenen Kriege weit nach Westen und Süden ausgedehnt. Und dann passierte 1866 sozusagen das Unglück, dass der andere halbwegs gewichtige Staat im deutschsprachigen Raum – sie wissen, ich rede jetzt nicht von der Deutschschweiz – vernichtend geschlagen wurde und damit dem Ausgriff preußischer Hegemonialinteressen kein Kraut mehr gewachsen war. Und entsprechend entstand das kleindeutsche Reich, so wurde es damals bezeichnet, unter Ausschluss des deutschsprachigen Habsburg-Imperiums. Also kann man 1871 kaum von der deutschen Nationalstaatsbildung sprechen, 1905 schon eher.

Worin besteht der Unterschied? Die Konservativen sahen, dass die Entwicklung des Kapitalismus zum Ende des 19. Jahrhunderts auf der einen Seite eine unglaubliche Akkumulation von Kapital und Reichtümern hervorbrachte, der auch die Stiftungslandschaft trug und in den USA zur Gründung der ersten Privatuniversitäten führte. Auf der anderen Seite herrschte eine hohe Krisenanfälligkeit und die sozialen Verwerfungen waren trotz dieses immensen Reichtums auf Dauer nicht durchzuhalten. Und die Konservativen reagierten, allen voran Bismarck, mit einer insgesamt gesehen politisch sehr erfolgreichen Strategie, auch wenn das jetzt etwas zynisch formuliert ist. Sie sperrten die Sozialisten für 12 Jahre ins Gefängnis und etablierten die Reichsversicherungsordnung. Um was ging es hierbei? Es ging um Sozialstaatlichkeit. Die Konservativen reagierten anders als die Liberalen, indem sie sagten, dass der entfesselte Kapitalismus die gesellschaftliche Ordnung zerstöre und durch den Sozialstaat gebändigt werden müsse. Und die, die die Kritik am Kapitalismus ausnutzten, um die politische Ordnung des untergehenden Feudalsystems zu kritisieren, wurden ins Ge-

fängnis gesperrt. Und diese Verbindung war erst einmal ziemlich erfolgreich, bis 1919 die Revolution ausbrach.

Was lernt man daraus? Daraus lernt man in meinen Augen Folgendes, was man am Beispiel Italiens sehr schön nachvollziehen kann: Dass die Nationenwerdung, das Werden einer demokratischen Nation, davon abhängt, dass es mehr Kohäsionen gibt als lediglich die Rolle als Bürgerin und Bürger. Wobei die Bürgerinnen ja erst relativ spät ins Spiel kamen, erst in der Weimarer Republik wählen und sich wählen lassen konnten. Das allein reicht aber nicht aus, um eine demokratische Nation zu etablieren. Die Loyalität zum demokratischen Staat ist erst dann möglich, im deutschen Grundgesetz ist das explizit so formuliert, wenn es so etwas gibt wie Sozialstaatlichkeit. Ohne Sozialstaatlichkeit gibt es keine Demokratie. Jetzt könnten Sie einwenden, es gibt da ein paar Gegenbeispiele. Ich glaube das nicht. Selbst die USA haben zumindest einen ausgedehnten Bildungsstaat. Die staatlichen Ausgaben pro Kopf in den USA sind, das weiß zwar kaum jemand, aber es ist ein reines Faktum, höher als in Mitteleuropa. Die staatlichen Ausgaben pro Kopf und auch der Sozialstaat, wenn er auch lange nicht so hoch entwickelt ist wie etwa in der Schweiz, Frankreich oder Deutschland und erst recht nicht wie in den skandinavischen Ländern, kostet in den USA relativ viel Geld, mehr zum Beispiel als in Japan. Japan ist ein Land mit mehr Gleichheit und weniger sozialer Verwerfung, aber mit deutlich niedrigeren Ausgaben in diesem Bereich. Auch interessant ist, dass der Gini-Koeffizient in Japan relativ günstig ist. Die Ungleichheit ist relativ gering ausgeprägt, die Sozialstaatlichkeit ist sehr schwach. Man könnte sagen, dass das durch eine Art Kohäsion kompensiert wird, die aufgrund von moralischen Normen entsteht. Die Spitzenmanager in Japan verdienen nur einen Bruchteil von den amerikanischen Spitzenmanagern. Und das hängt nicht damit zusammen, dass nicht genug Geld in den Firmen wäre. Die japanischen Firmen sind trotz langer Stagnation wirtschaftlich ziemlich wohlhabend. Es liegt einfach daran, dass sich das in Japan nicht gehört. Das heißt, es gibt offenbar kulturelle Grenzen von Ungleichheit, die es in Japan ermöglichen, mit

relativ wenig sozialstaatlicher Umverteilung auszukommen, während das in Europa und den USA nicht der Fall ist.

Diese Sozialstaatlichkeit beinhaltet aber auch eine Gefahr, nämlich den Paternalismus. Wenn es stimmt, dass die Demokratie im Wesentlichen auf dem normativen Fundament von individuellen Rechten, gleicher Bürgerschaft und Solidarität, die über die politische Gemeinschaft gestiftet ist, besteht, dass also die Idee der Autonomie, der gleichen Autorschaft, des Respekts voreinander eine wesentliche Basis ist, dann ist jedes Agieren des Staates, das diese Autonomie einschränkt, ein Risiko. Deswegen sage ich ganz deutlich: Die Sozialstaatlichkeit ist unverzichtbar für die demokratische Nationenwerdung und ihre Fortexistenz. Aber sie ist zur gleichen Zeit auch eine Gefahr. Sie trägt nämlich die Gefahr in sich, dass sie durch Regulierung und Reglementierung individueller Lebensformen, um zum Beispiel auch Kosten zu sparen, die Freiheit des Einzelnen zu stark einschränkt.

DIE ETHISCHEN FUNDAMENTE DER DEMOKRATIE

Damit bin ich bei meinem letzten Punkt und fasse kurz noch einmal zusammen, was die ethischen Fundamente der Demokratie sind:

- *Gleiche Freiheiten*

Es braucht eine gleiche Freiheit im Sinne von Autonomie und Autorschaft sowie die Menschenrechte, die diese tragen und garantieren, dass diese überführt werden in Individualrechte in der Demokratie.

- *Kooperationsbereitschaft*

Der Sozialstaat ist eine Form der Kooperation. Allerdings eine, die nicht auf freiwilliges Mitwirken setzt, sondern auf die Bereitschaft, Steuern zu bezahlen um ein Mindestmaß an Sozialstaatlichkeit bzw. sozialer Qualität herzustellen. Es geht dabei um einen gewissen Umverteilungseffekt, der lange nicht so stark ist, wie viele meinen. Die Kooperationsbereitschaft muss deutlich über die Sozi-

alrechte und die sozialstaatlichen Institutionen hinausgehen. Wir hätten in allen westlichen Ländern, in allen westlichen Staaten einen Zusammenbruch des Sozialstaates, wenn es nicht die individuelle Bereitschaft gäbe, sich sozial zu engagieren: in der Familie, mit den Pflegebedürftigen usw. Der Sozialstaat allein auf sich gestellt wäre nicht stark genug. Er würde als unzureichendes Substitut kollabieren, wenn es keine individuelle Hilfsbereitschaft gäbe.

- *Empathie*

Als drittes ethisches Fundament braucht es eine Art Empathie. Die Bereitschaft, unabhängig davon, ob man mit der betreffenden Person kooperiert oder nicht, sich in deren Lebenssituation hineinzuversetzen. Dies auch unabhängig davon, welcher kulturellen oder Sprachgemeinschaft diese Person angehört und damit auch denjenigen eine Rolle in der demokratischen Gemeinschaft zu geben und sie zu stärken, die erst hinzukommen. Ich spreche hier von Migration. An dieser Stelle besteht der Prüfstein einer demokratischen Gesellschaft, nämlich wie substantiell wichtig ihr der Umgang mit denjenigen ist, die als Migrantinnen und Migranten neu in diese politische Gemeinschaft hineinkommen. Migrantinnen und Migranten machen in allen westlichen Industrieländern einen wachsenden und zum Teil sehr hohen Anteil der Bevölkerung aus. In der Schweiz ist er meines Wissens gegenwärtig sogar noch höher als in Deutschland. Ich glaube, dass dieses Verständnis von Demokratie, was zugegebenermaßen ziemlich europäisch ist, zwei Hauptkonkurrenten hat. Die eine Konkurrentin ist die Marktdemokratie, in der der ökonomische Markt das Primat hat und die Demokratie versucht, noch günstigere Standortbedingungen und günstigere Bedingungen für ökonomische Prozesse zu garantieren. Auch wenn es die Marktdemokratie in der reinen Form nicht gibt, ist das eine Tendenz, die in den USA und zeitweise auch in Großbritannien und Australien eine Rolle spielt. Die zweite Konkurrentin, die gegenwärtig immer stärker wird, könnte man als die gelenkte oder die autoritäre Demokratie bezeichnen, wenn man hier den Begriff der Demokratie verwenden will. Es geht hierbei um eine gelenkte

Wirtschaft mit zum Teil stark kapitalistischen Elementen. Ich denke da an Singapur oder auch an China: Beide Staaten sind ökonomisch sehr erfolgreich und verstehen sich als Demokratien, ohne es in dem hier erläuterten Sinn tatsächlich zu sein. Es handelt sich um Parteienstaaten, denn alle Entscheide werden in der Partei getroffen und nur innerhalb dieser Parteien können die verschiedenen Gruppen mitwirken. Dieses Vorgehen wird in letzter Zeit überhöht und konfuzianisch begründet, nicht mehr marxistisch, wie noch vor einigen Jahrzehnten. Das ist eine ernstzunehmende Konkurrenz, weil es auch in der Demokratie immer mehr Politiker gibt, die die Langsamkeit und die Mühsal des Aushandelns verachten und meinen, es gehe auch anders.

Vielleicht stellen Sie sich die Frage, ob es da nicht etwas abzuschaun gibt? Können wir eigentlich auf Dauer in solch einer Konkurrenzsituation mitbestehen? Ich würde sagen, dass das europäische Demokratie-Modell, in dem Sinn, wie ich es hier geschildert habe, dann eine Zukunft hat, wenn es sich zu diesen ethischen Fundamenten bekennt und sagt, dass genau das die Idee ist: Wir nehmen die Menschen ernst. Wir muten den Menschen etwas zu. Wir verlangen, dass sie sich wechselseitig respektieren. Wir erwarten eine aktive Zivilgesellschaft, die ihre Angelegenheiten auch selbst in die Hand nimmt und nicht immer nur wartet, bis ein Unternehmen oder ein Staatsangestellter ihnen gegenüber tritt. Wir wollen also eine aktive Zivilgesellschaft. Wir wollen eine Balance zwischen Markt und Staat. Wir wollen einen Staat, der kulturelle Verantwortung wahrnimmt. Und wir sehen den sozialen Ausgleich als ein zentrales Element unseres Verständnisses von Demokratie an.

Das ist durchaus attraktiv. Manchmal muss man amerikanische Autoren wie Jeremy Rifkin lesen, der ein enthusiastisches Loblied auf die europäische Demokratie singt. Und ich habe die überraschende Erfahrung gemacht, dass es auch in China eine sehr starke Europafraktion gibt. Ich war als Nicht-Sinologe und Nicht-Chinakenner eingeladen von der außenpolitischen Kommission der Kommunistischen Partei

Chinas. Dort fand eine Debatte statt und es formierte sich eine starke Europafraktion gegenüber denjenigen, die den chinesischen Weg gehen wollen und gegenüber denjenigen, die meinen, sie müssten zunächst erst einmal ihren Hauptkonkurrenten kopieren, nämlich die USA. Es formierte sich sozusagen ein dritter Weg, nämlich diese Balance in Europa als die reizvollste Form der Zukunft für China. In der Debatte wurde das Modell der USA gegenüber dem europäischen als sehr viel effizienter angepriesen. Ich bin der Meinung, dass dem nicht so ist. Das Modell der USA ist nicht effizienter. Aber das wäre ein Thema für einen eigenen Vortrag.

